



Zentrale der Landesbank Berlin

PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT

SPARKASSEN

EU kommt Merkel entgegen

Die EU-Kommission kommt Bundeskanzlerin Angela Merkel im sogenannten Sparkassenstreit überraschend weit entgegen. In einem vertraulichen Schreiben vom vorvergangenen Donnerstag bot sie der Regierung drei Lösungsvorschläge an. Der günstigsten Option zufolge könnte der umstrittene Paragraph 40 des Kreditwesengesetzes völlig unverändert bleiben. Er regelt, dass Sparkassen „öffentlich-rechtlich“ sein müssen. Die Regierung müsste nur sicherstellen, dass ein eventueller privater Erwerber der Berliner Sparkasse den Namen uneingeschränkt und zeitlich unbegrenzt verwenden darf; die Berliner Sparkasse ist eine Tochter der Landesbank Berlin, die laut einer Verfügung der EU bis Ende 2007 verkauft werden muss. Merkel will den Kompromiss, um ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH)

während ihrer Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr zu vermeiden. Doch beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) stößt die Option auf vehemente Ablehnung. Der Verband will zwar nicht mehr selbst für die Landesbank bieten. Doch die S-Finanzgruppe versucht derzeit ein Erwerbskonsortium aus finanzkräftigen Sparkassen zusammenzustellen – oder aus Landesbanken. Mit der Blockade wolle der DSGV, vermuten Regierungsbeamte, ein Verfahren vor dem EuGH provozieren. Das Kalkül: Je größer die Rechtsunsicherheit eines privaten Investors ist und je länger sie dauert, desto weniger wird er bieten. DSGV-Chef Heinrich Haasis rechnet sich so die besten Chancen dafür aus, dass ein öffentlich-rechtlicher Bieter den Zuschlag erhalte. Der Verband wollte am Freitag nicht Stellung nehmen.

KORRUPTION

Schmiergelder von Dornier?

In Liechtenstein läuft seit kurzem die Aufarbeitung der Schmiergeldaffäre um den nigerianischen Ex-Diktator Sani Abacha. Wegen Untreue und Geldwäsche müssen sich Treuhänder, Geschäftsleute sowie die beiden Söhne von Abacha vor Gericht verantworten. Für die Erstellung eines Aluminiumwerks hatte der deutsche Anlagebauer Ferrostaal in den neunziger Jahren über Vaduzer Tarnfirmen Hunderte von Millionen Mark Schmiergelder an Abacha bezahlt. Laut Anklageschrift scheint aber Ferrostaal nicht das einzige Unternehmen gewesen zu sein, das Zahlungen an den Diktator



Vaduz

ALFRED BUELLESBACH / VISUM

über das Fürstentum laufen ließ. Die Manager der MAN-Tochter konnten auch auf das Netzwerk des inzwischen insolventen Flugzeugbauers Dornier zurückgreifen. Die Gründung der Briefkastenfirma MLS für Abacha im Januar 1994 stand „zunächst unter dem Gesichtspunkt, dass ein Konto für Bestechungszahlungen im Ausmaß von 19,5 Mio. DM im Zusammenhang mit einem geplanten Flugzeugankauf durch das nigerianische Militär benötigt wurde“, schreiben die Ermittler über die Rolle eines bayerischen Geschäftsmanns. Zusammen mit einem Partner sei er in Nigeria „mit der Vermittlung des Verkaufs von Flugzeugen der Firma Dornier“ beschäftigt gewesen. Er habe ausgesagt, dass „Korruptionszahlungen in Nigeria alltägliches Geschäft“ seien.